Zur Geschichte um das Friedensgebet in der Nikolaikirche zu Leipzig

NEUES FORUM Leipzig zu 25 Jahren Friedensgebete in St. Nikolai

URL: http://de.scribd.com/doc/26172763/2007-09-10-NEUES-FORUM-Leipzig-Zur-Geschichte-der-Friedensgebete

Nach einer dreitägigen Beratung verschiedener Jugendgruppen aus Halle, Jena, Karl-Marx-Stadt, Leipzig, Magdeburg, Rostock und anderen Städten in der Dresdner Weinbergskirche hatten schon im **Dezember 1981** die Teilnehmenden auf Vorschlag von Christoph Wonneberger – zur Verbreitung der Forderung nach einem *„Sozialen Friedensdienst (SoFd)"* als zivilem Wehrersatzdienst – beschlossen, möglichst wöchentlich Friedensgebete in den verschiedenen Städten zu halten.

In Leipzig versuchten danach der Theologiestudent Heinz Bächer und Bernhard Weismann für diese Idee Mitstreiter zu gewinnen. In der Dresdner Dreikönigskirche begannen im **April 1982** fünf Gruppen unter der Verantwortung von Christoph Wonneberger mit wöchentlichen Friedensgebeten. Auf Anregung von Jugendlichen aus Liebertwolkwitz und des dortigen Diakons Günter Johannsen begannen, die Idee Christoph Wonnebergers aufnehmend, in der Nikolaikirche zu Leipzig am **13. September 1982** wöchentliche Friedensgebete. Sie fanden regelmäßig montags statt.

Im Jahre **1986** übernahm auf Bitten des Superintendenten Friedrich Magirius besagter Christoph Wonneberger, der inzwischen in Leipzig Pfarrer der Lukaskirchgemeinde geworden war, die Koordination der montäglichen Friedensgebete in der Nikolaikirche.

Im Auftrag von Vertretern verschiedener Gruppen (u. a. *Arbeitsgruppe Menschenrechte*, *Arbeitskreis Gerechtigkeit*, *Arbeitsgruppe Umweltschutz*) und Einzelpersonen fanden in der Nikolaikirche ab 2. Februar 1988 sogar täglich Friedensgebete statt. Sie wurden in der Studentengemeinde bereits zuvor ab dem 26. Januar täglich – der Inhaftierung von Mitgliedern der *Initiative Frieden und Menschenrechte* gedenkend – veranstaltet. Dadurch sollten die Bemühungen um die Freilassung der Inhaftierten unterstützt werden. Infolge der Teilnahme von Ausreiseantragstellern stieg die bis dahin geringe Anzahl der Besucher sprunghaft von einigen Dutzend Personen auf teilweise über 1000 Personen an.

Auf Bitten der Mitarbeiter des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* Dr. Steffen Kind, Bernd Oehler, Thomas Rudolph und Frank Wolfgang Sonntag gründete am 11. Februar 1988 Jugendpfarrer Klaus Kaden den sogenannten *Kaden-Kreis*, um den Versuch zu wagen Ausreiseantragsteller zu organisieren. Am 18. Februar 1988 wurden die Mitarbeiter der *Arbeitsgruppe Ausreise des AK Gerechtigkeit*, Manfred Hartmann, Dr. Steffen Kind, Dr. Michael Kunze und Frank Wolfgang Sonntag zu Sprechern des *Kaden-Kreises* ernannt. Auf einer von ihnen initiierten und mit vorbereiteten Veranstaltung in der Nikolaikirche wurden am 19. Februar 1988 diese vier Sprecher den mehreren hundert Personen als *Kontaktpersonen für das Ausreiseproblem* offiziell vorgestellt. Pfarrer Christian Führer hielt während dieser Veranstaltung einen Vortrag über *„Leben und Bleiben in der DDR"*. Nach intensiven Gesprächen mit Sprechern und Mitarbeitern der Bürgerrechtsgruppe *Arbeitskreis Gerechtigkeit* erklärte sich auch Christian Führer bereit, einen Gesprächskreis für Ausreiseantragsteller zu gründen. Dieser konstituierte sich als *Arbeitskreis Hoffnung* am 28. März 1988. Wegen mangelnder Perspektive zur Sammlung unorganisierter Ausreiseantragsteller in diesem *Arbeitskreises Hoffnung* stellte der *Arbeitskreis Ausreise des AK Gerechtigkeit* seine Mitarbeit darin Ende 1988 weitgehend ein.

Am 22. August 1988 geht bei den bisher das Friedensgebet gestaltenden Gruppen ein auf 15. August 1988 datiertes Schreiben von Superintendent Friedrich Magirius ein. Darin teilte Friedrich Magirius ihnen mit, dass statt ihrer nach der Sommerpause die *Nikolaikirchgemeinde* die Friedensgebete gestalten werde. Diese Mitteilung bedeutete: Den für politische Veränderungen eintretenden Gruppen war die Gestaltung des Friedensgebetes entzogen. Pfarrer Christian Führer und der *Kirchenvorstand der Nikolaikirchgemeinde* bestätigten erst im Nachhinein die Entscheidung der Stadtkirchenleitung.

Damit war der bisherige Koordinator der Friedensgebete, Christoph Wonneberger, damals Pfarrer der Lukaskirche in Leipzig-Volkmarsdorf und Mitglied der *Arbeitsgruppe Menschenrechte*, abgesetzt.

Während des ersten Friedensgebetes nach der Sommerpause, am 29. August 1988, brach Superintendent Magirius sogar sein den Gruppenvertretern gegebenes Versprechen, wenigstens eine Diskussion über die *„neue Form der Friedensgebete"* in der Nikolaikirche zuzulassen. Der dennoch von Jochen Läßig und Thomas Rudolph, zwei Sprechern des *Arbeitskreises Gerechtigkeit*, unternommene Versuch eines Diskussionsangebotes wurde seitens Friedrich Magirius schroff abgelehnt. Der Pfarramtsleiter der *Nikolaikirchgemeinde*, Christian Führer, die Position von Magirius stützend, erstieg eine Bank in der Kirche und ließ sich – mit Blick auf die Theologiestudenten des *Arbeitskreises Gerechtigkeit* – zu dem Rufe hinreißen: *„Das sind keine Leute von uns!"*

Infolge der Vermittlung des katholischen Kaplans Hans-Friedrich Fischer, eines Mitarbeiters der *Arbeitsgruppe Ostmitteleuropa des AK Gerechtigkeit*, kam es am 29. Oktober 1988 zu einem Gespräch über den Ausschluss der Gruppen von der Gestaltung des Friedensgebetes. Auf der einen Seite standen Vertreterinnen und Vertreter von einigen Gruppen, auf der anderen Pfarrer Christian Führer und ein Mitglied des Kirchenvorstandes der Nikolaikirche mit Superintendent Friedrich Magirius. Laut der Mitschrift einer späteren Sprecherin des *Arbeitskreises*

Gerechtigkeit, Kathrin Walther, hat Christian Führer in diesem Gespräch u. a. gesagt: *„Wir haben es uns nicht zugetraut die Gruppen auszusortieren, welche wirklich nur noch politisch sind und welche nicht. Und so traf unsere Entscheidung eben alle. Die Gruppen, deren politisches Engagement nicht auf Glauben beruht, sollen doch endlich gehen, nicht ständig uns zeigen, dass sie Mut haben."* – Dieser Satz wandte sich vornehmlich gegen den *Arbeitskreis Gerechtigkeit*, dessen Sprecherinnen und Sprecher in der Mehrheit Theologiestudenten waren.

Nach entschiedenen Protesten der wenigen auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zielenden Gruppen durften diese ab dem **10. April 1989** das Friedensgebet in der Nikolaikirche wieder mitgestalten. Das erste hielten an diesem Tage Klaus Kaden, Thomas Rudolph und Kathrin Walther vom *Arbeitskreis Gerechtigkeit* vor ca. 900 Anwesenden.

Am späten Nachmittag des **1. Mai 1989** versammelten sich gegen 17 Uhr einige hundert Personen vor der Nikolaikirche, um am Friedensgebet teilzunehmen. Doch die Kirche war verschlossen, da an diesem Montag – wie zuvor bekannt gegeben worden war – kein Friedensgebet stattfand. Rund 200 Bürgerinnen und Bürger beschlossen daraufhin, in einem Schweigemarsch zur Thomaskirche und wieder zurück zu gehen. Von nun an kam es an jedem Montag spätnachmittags gegen 18 Uhr zu einer Demonstration oder zumindest einem Demonstrationsversuch (mit Ausnahme des 5. Juni, dem Tag nach dem II. Pleiße-Pilger-Weg, sowie unterbrochen von der Sommerpause vom 10. Juli bis 28. August und der Winterpause vom 26. Dezember bis 1. Januar 1990). Die Demonstrationen dauern bis zum 12. März 1990 an, dem Montag vor den ersten freien Wahlen in Ostdeutschland.

Am **8. Mai 1989** begannen die beiden Bürgerrechtsgruppen *Arbeitskreis Gerechtigkeit* und *Arbeitsgruppe Menschenrechte* mit der regelmäßigen montäglichen Dokumentation und Berichterstattung über die gewaltsamen Versuche des Staates, die nach den Friedensgebeten stattfindenden Demonstrationsversuche und Kleindemonstrationen zu verhindern. Die sofortige aktuelle Informationsübermittlung konnte nur offen per Telefon in die Büros westlicher Journalisten erfolgen. Daher drohte den Sprecherinnen und Sprechern der beiden Bürgerrechtsgruppen, Silke Krasulsky, Rainer Müller, Bernd Oehler, Frank Richter, Thomas Rudolph und Kathrin Walther, welche diese Aufgabe übernommen hatten, im Falle der strafrechtlichen Verfolgung bis zu 12 Jahren Freiheitsentzug für die Übermittlung von *„der Geheimhaltung nicht unterliegender Nachrichten zum Nachteil der Interessen der DDR"*.

Nach dem Friedensgebet während der Leipziger Herbstmesse am **4. September 1989** fand mit ca. 600 Personen die fünfte Messedemonstration in Leipzig statt. Katrin Hattenhauer, Gesine Oltmanns und andere entrollten auf dem Nikolaikirchhof fünf Transparente (u. a. mit den Texten *„Versammlungsfreiheit Vereinigungsfreiheit"* und *„Reisefreiheit statt Massenflucht"*), die ihnen von zivilen Sicherheitskräften sofort entrissen wurden. Der traditionelle Weg Richtung Thomaskirche war von Polizeiketten versperrt. Ein Sprecher des *Arbeitskreises Gerechtigkeit*, Rainer Müller, versuchte daraufhin einen Demonstrationszug mit ca. 250 Personen in Richtung Reformierte Kirche zu führen. In der Nähe des Hauptbahnhofes wurde dieser Demonstrationszug aber ebenfalls von Sicherheitskräften gestoppt.

Nach dem Friedensgebet vom **25. September 1989**, welches Johannes Fischer, Frank Richter und Pfarrer Christoph Wonneberger von der *Arbeitsgruppe Menschenrechte* hielten, gelang die erste Großdemonstration in Leipzig mit ca. 8.000 Teilnehmenden. Die Demonstranten forderten in Sprechchören die Freilassung der Inhaftierten und die Zulassung des *NEUEN FORUM*.